

Auf dem Weg zur Basar-Ökonomie

- > Wifo: Heimische Wertschöpfung aus Exporten sinkt von 68% des Exportwertes 1995 auf rund 60% im Jahr 2003
- > Hohes Exportwachstum kompensiert aber geringere Wertschöpfungsintensität

In Österreich als kleiner Volkswirtschaft spielen Export- und Importbeziehungen traditionell eine wichtige Rolle, die sich im Zuge der Globalisierung allerdings noch weiter verstärkt. Österreich zeigt einige typische Merkmale einer „Basar-Ökonomie“, in der handels- und unternehmensbezogene Dienstleistungen an Bedeutung gewinnen, die Sachgütererzeugung hingegen zunehmend importierte Güter einsetzt – deren Anteil stieg zwischen 1995 und 2003 von 23,3% auf 27,1%. Überdies erhöht sich der Anteil von Gütern deutlich, die importiert, aber nicht weiterverarbeitet werden, sondern direkt für den Weiterexport bestimmt sind. Dementsprechend sank der heimische Wertschöpfungsanteil von 68% des Exportwertes 1995 auf rund 60% 2003. Diese Entwicklung ist derzeit allerdings kein Nachteil für die österreichische Wirtschaft: Aufgrund des hohen Exportwachstums (1995/2003 nominell rund +8,5% jährlich) nahm der Anteil der durch Exporte ausgelösten Wertschöpfung in Österreich von 21% im Jahr 1995 auf rund 28% 2003 zu. Damit sind die Exporte für mehr als ein Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung Österreichs maßgebend.

Es gibt einige empirische Hinweise, wonach sich die österreichische Wirtschaft stärker in Richtung einer „Basar-Ökonomie“ entwickeln könnte. Die Importe nehmen zulasten der heimischen Wertschöpfung zu, die Fertigungstiefe wie auch die Nettoinvestitionsquote geht zurück; die Wertschöpfungsintensität der heimischen Exporte sinkt. Dafür ist zum einen der Anstieg des Anteils der importierten Vorleistungen bestimmend, zum anderen auch die starke Zunahme der Re-Exporte, also jener Importe, die nicht zur Weiterverarbeitung, sondern direkt für den Weiterexport bestimmt sind. Ihr Anteil an den gesamten Güterexporten stieg von 3% 1995 auf rund 11% im Jahr 2003. Gerade solche Re-Exporte sind für eine „Basar“-Ökonomie typisch. Allerdings gibt es bisher keine Anzeichen dafür, dass die heimische Wirtschaft unter dieser Entwicklung gelitten hätte: Das Exportwachstum der letzten Jahre war hoch genug, um die Verringerung der Wertschöpfungsintensität der Exporte zu kompensieren, sodass der Anteil der exportbedingten Wertschöpfung am gesamten Bruttoinlandsprodukt sogar zunahm. Zudem drehte sich in den letzten Jahren das traditionelle Handelsbilanzdefizit Österreichs in einen Überschuss.

Gleichzeitig werden jedoch durch Exporte tendenziell immer weniger Arbeitsplätze geschaffen: Einer annähernden Verdoppelung der (nominellen) Güterexporte zwischen 1995 und 2003 steht eine Steigerung der exportinduzierten Beschäftigung um nur rund 21% im selben Zeitraum gegenüber. Allerdings ist dabei zum einen die Inflation zu berücksichtigen, zum anderen die Tatsache, dass die Arbeitsproduktivität nicht nur im Export, sondern in der gesamten Wirtschaft gesteigert wurde. Weiters nimmt der Anteil der Gewinneinkommen an der gesamten exportinduzierten Wertschöpfung zulasten der Lohn- und Gehaltseinkommen zu: Ein Euro an Exporten war im Jahr 1995 mit Unternehmensgewinnen im Ausmaß von 0,12 Euro und mit Löhnen und Gehältern im Ausmaß von 0,34 Euro verbunden; acht Jahre danach lagen diese Werte bei 0,17 Euro bzw. 0,26 Euro.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind diese empirischen Ergebnisse durchaus relevant: Künftig ist also ein höheres Exportwachstum notwendig, um Einkommens- und Beschäftigungszuwächse im Inland zu stützen.

Die Exportaktivitäten der österreichischen Wirtschaft konzentrieren sich stärker als in der Vergangenheit auf (nichttouristische) Dienstleistungen, deren Wertschöpfungsintensität im Gegensatz zu den Warenexporten in den letzten Jahren nicht abgenommen hat. 20% der Exporte entfielen im Jahr 2003 auf Dienstleistungen, 1995 waren es 17% gewesen. Dienstleistungen spielen zudem in der Produktion von Exportgütern eine immer wichtigere Rolle. Setzt sich der Trend zum Dienstleistungsexport und zum verstärkten Einsatz von Dienstleistungen in der exportorientierten Sachgüterproduktion fort, so könnte die Erosion der exportbedingten heimischen Wertschöpfung aufgehalten werden. Österreich, so zeigt ein internationaler Vergleich, hat hier durchaus Nachholbedarf: Trotz steigender Tendenz profitiert in Österreich im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern der Dienstleistungssektor noch immer relativ wenig von der Exportproduktion; möglicherweise ist das auf einen höheren Grad an vertikaler Integration in der heimischen Industrie zurückzuführen. In Österreich entfielen im Jahr 2000 26% der durch Warenexporte generierten

Wertschöpfung auf den Dienstleistungsbereich, in der EU 15 28,1%, in Deutschland sogar 31,9%

Die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Exportwirtschaft wird in Zukunft stärker von der Verfügbarkeit hochqualitativer Dienstleistungen abhängen. Der Dienstleistungssektor sollte auch unter diesem Gesichtspunkt eine zentrale Rolle in wirtschaftspolitischen Überlegungen spielen. Exportaktivitäten und ihre Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft sind auch räumlich unterschiedlich verteilt: Während etwa die Wiener Wirtschaft relativ wenig durch Exporte beeinflusst wird (Anteil der Exporte am Bruttoregionalprodukt 29%), ist Vorarlbergs Wirtschaft mit einer regionalen Exportquote von 62% in hohem Maße auf den Export ausgerichtet. Auch in Oberösterreich und der Steiermark (58% bzw. 53%) ist die Exportorientierung hoch. Einschließlich des Ausländertourismus sind diese regionalen Muster noch ausgeprägter. Gemäß einer Modellsimulation wird in Tirol etwa ein Fünftel des Bruttoregionalproduktes direkt und indirekt vom Ausländertourismus bestimmt. Generell kommen Exportaktivitäten vor allem den exportierenden Regionen selbst zugute.

Der Prozess der Globalisierung ist mit einer Zunahme internationaler Handelsbeziehungen und damit der

Export- und Importströme verbunden. In der Produktion von Exportgütern werden demnach immer mehr importierte Güter verwendet, sodass die heimischen Wertschöpfungsgewinne aus Exportaktivitäten sinken. Gemäß der „Basar-Hypothese“ ziehen sich die Industrieländer immer stärker aus Produktionsaktivitäten zurück, die in Niedriglohnländer verlagert werden, und konzentrieren sich zunehmend auf Handelstätigkeiten und andere unternehmensbezogene Dienstleistungen. Bei zu starren Lohnstrukturen in den Industrieländern sind nach Sinn in der Produktion Arbeitsplatzverluste zu erwarten, die durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten in den Dienstleistungssektoren nur teilweise kompensiert werden, sodass die Arbeitslosigkeit zunimmt. Allerdings ist diese Sichtweise umstritten, da Outsourcing von Produktionsteilen Produktivitätsgewinne und damit eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bewirken kann. Das hohe Exportwachstum Österreichs ist ein Indiz für diese Gewinnmöglichkeiten. Der Erhalt von Arbeitsplätzen in Industrieländern mit hohem Lohnniveau ist langfristig nur durch unternehmerische Aktivitäten und unterstützende Politikmaßnahmen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Innovation und Qualifikation zu gewährleisten, d. h. eine offensive Strategie des Strukturwandels ist einer defensiven (Lohnkürzungen zur Verhinderung von Outsourcing) vorzuziehen.

Heimische Multis sind expansiv

>

Heimische Unternehmen mit mindestens einem Tochterunternehmen im Ausland beschäftigen im Durchschnitt 115 Arbeitskräfte, gegenüber 81 im europäischen Durchschnitt. Ihr Umsatz wuchs zwischen 2000 und 2004 um 4,3% gegenüber +3,8% pro Jahr. Österreichs multinationale Unternehmen wuchsen demnach etwas stärker und sind größer als im europäischen Durchschnitt, während die Tochterunternehmen jünger sind. Eine Studie des WIFO im Rahmen des Forschungsschwerpunktes Internationale Wirtschaft (FIW) zeigt, dass der Zuwachs der heimischen Beschäftigung bei den Mutterunternehmen durch die

Aktivitäten von Tochterunternehmen in anderen westeuropäischen EU-Ländern gebremst wurde. Anders ist die Situation bei Tochterunternehmen in Ostmitteleuropa: von dort gingen nur sehr schwache dämpfende Effekte auf die Beschäftigtenzahl in Österreich aus.

Das WIFO untersuchte die Charakteristika und Determinanten des Umsatz- und Beschäftigungswachstums von über 20 000 europäischen multinationalen Unternehmen für den Zeitraum 2000/2004 (davon rund 400 österreichische multinationale Unternehmen). Am größten sind die multinationalen Unternehmen in der

Schweiz, in Großbritannien und den Niederlanden. Die Umsätze der österreichischen multinationalen Unternehmen im Inland wuchsen mit +4,3% pro Jahr (Median) kräftiger als in Westeuropa (+3,8% pro Jahr). Am stärksten expandierten die multinationalen Unternehmen in Irland, Griechenland, Spanien und Finnland, am schwächsten in der Schweiz.

Ein weiteres Charakteristikum österreichischer Unternehmen ist das relativ geringe Durchschnittsalter der ausländischen Tochterunternehmen: Der Median des Gründungsjahrs beträgt 1994, für das gesamte Sample 1990. Nur in Irland, Griechenland und Norwegen sind die Tochterunternehmen ähnlich jung.

Aus der empirischen Analyse ergibt sich zudem, dass kleine bzw. mittelgroße multinationale Unternehmen schneller wachsen als große. Das Wachstum hängt auch signifikant vom durchschnittlichen Gründungsjahr der Tochterunternehmen ab: Je früher die Tochterunternehmen gegründet wurden, desto höher ist die Wachstumsrate des Mutterkonzerns.

Die Auswirkungen der Auslandsaktivitäten multinationaler Unternehmen auf die Beschäftigung im Mutterunternehmen wurden ebenfalls untersucht. Dazu wurden sowohl das relative Lohn- als auch das Beschäftigungsverhältnis herangezogen. Bisherige Analysen verwendeten häufig entweder nur Informationen über die Beschäftigung, nicht aber über die Löhne oder Löhne nur auf aggregierter Ebene. Hauptergebnis der empirischen Analyse ist, dass in- und ausländische Beschäftigung Substitute sind. Dies gilt sowohl für Unternehmen in der Sachgüterzeugung als auch im Dienstleistungsbereich. Allerdings ist das Substitutionsverhältnis zwischen dem Beschäftigtenstab der Mutterunternehmen und jenem der Tochterunternehmen in der EU 15 stärker als gegenüber den Tochterunternehmen in Ostmitteleuropa.

Relative Lohnkostenvorteile sind damit ein untergeordneter Erklärungsfaktor für den teilweise hohen Personalbestand in den Tochtergesellschaften in Ostmitteleuropa. Ohnehin wird dieses Motiv in Zukunft an Bedeutung verlieren, da die Lohnkostenvorteile dieser Region mit der Zeit schwinden.

Die Studie zeigt auch, dass eine Zunahme österreichischer Exporte langfristig eine Steigerung der Direktinvestitionen im Ausland nach sich zieht. Umgekehrt bewirkt eine Steigerung der österreichischen Direktinvestitionen keine Steigerung der Exporte, aber auch keine Exporteinbußen. Für Ostmitteleuropa ergibt sich ebenfalls ein positiver Effekt eines

Anstiegs der Exporte auf die Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen, umgekehrt gilt aber ein neutraler Zusammenhang.

Die Befürchtung, Direktinvestitionen nach Ostmitteleuropa würden Exporte in diese Region ersetzen, sind damit unbegründet, wie eine neue empirische Untersuchung zum Zusammenhang zwischen ausländischen Direktinvestitionen (Direktinvestitionsbestand) und Warenexporten für sieben EU-Länder auf Basis von Sektordaten für die letzten 15 Jahre zeigt. Dabei wurde zwischen sechs Zielregionen für Exporte und Direktinvestitionen differenziert (EU 15, Ostmitteleuropa, andere Industrieländer, Lateinamerika, Asien ohne Japan). Schließlich wurden die Bestimmungsfaktoren der Handelsbilanz für die Industrieländer und für Österreich analysiert. Demnach hängt der Handelsbilanzsaldo im Durchschnitt positiv von ausländischen realen BIP pro Kopf und negativ von inländischen realen BIP pro Kopf ab. Eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit (gemessen an der Veränderung des realen Wechselkursindex, der um die Lohnstückkostenrelation zwischen Inland und Ausland bereinigt wurde) hat einen positiven Einfluss auf die Handelsbilanz. Ein Abbau des Defizits der öffentlichen Haushalte hat ebenfalls einen positiven Einfluss, welcher allerdings nicht robust ist und stark zwischen den Ländern schwankt.

Für Österreich haben die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, das reale BIP pro Kopf der Handelspartner und der Primärsaldo des Staates einen im Ländervergleich überdurchschnittlich hohen Effekt auf die Handelsbilanz: Eine Steigerung des BIP der Handelspartner pro Kopf um 1% verbessert den Handelsbilanzsaldo in Österreich um 0,3% des BIP. Eine Verbesserung der Primärsaldos um 1 Prozentpunkt verbessert den Außenhandelssaldo ebenfalls um 0,3% des BIP. Eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit um 1% bewirkt eine Steigerung des Handelsbilanzsaldos um 0,2% des BIP. Österreichs Handelsbilanz profitierte jedoch von der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums unterproportional. Dies ist vor allem auf das schwache Pro-Kopf-Wachstum einiger wichtiger Handelspartner Österreichs (Deutschland, Italien, Schweiz) zurückzuführen.